

Elternnetzwerk Berliner Gemeinschaftsschulen (EBG)

Prüfsteine des EBG zur Wahl des Abgeordnetenhauses Berlin 2016

Unsere Wahlhilfe in Auszügen*

Am 18. September wählen die Berliner und Berlinerinnen ein neues Abgeordnetenhaus. Wir wollten von den derzeit im Abgeordnetenhaus vertretenen fünf Parteien wissen, welche Positionen sie mit Blick auf die Berliner Gemeinschaftsschule vertreten. Dazu haben wir der SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, Die LINKE und den Piraten Berlin neun Fragen zu den Themen

- *Gemeinschaftsschule als Regelschule / Neugründungen*
- *Bildungsgerechtigkeit / Chancengleichheit aller Schüler_innen*
- *Inklusion / Begabungsförderung aller Schüler_innen*
- *Gymnasiale Oberstufe an Gemeinschaftsschulen*

gestellt.

Status der Gemeinschaftsschule innerhalb der Berliner Schullandschaft

1. Wie wird Ihre Partei im Falle eines Wahlsieges die Berliner Gemeinschaftsschulen weiter fördern?
2. Hat Ihre Partei vor, die Gemeinschaftsschule als Regelschule und somit gleichwertige Schulform zu etablieren?
3. In welchem Umfang werden Sie Neugründungen von Gemeinschaftsschulen unterstützen?

				
<p>„Wir wollen die Erfolgsgeschichte der Berliner Gemeinschaftsschulen fortschreiben und es mehr Kindern ermöglichen, eine bruchlose, inklusive und gerechte Bildung zu erhalten. Die Gemeinschaftsschulen werden einen festen Platz in der Berliner Schullandschaft erhalten. Wir werden sie als weitere Schulart im Schulgesetz verankern. Gleichzeitig wollen wir alle Gemeinschaftsschulen so unterstützt, dass die räumlichen, sächlichen und personellen Ressourcen ausreichen, um erfolgreich arbeiten zu können.“</p>	<p>„Die Gemeinschaftsschule gewinnt ihre Existenzberechtigung daraus, dass es Eltern gibt, die diese Schulform für ihre Kinder wünschen und dass es Lehrer gibt, die dieses Konzept umsetzen wollen.“</p> <p>„Die Gemeinschaftsschule wird in Berlin im Rahmen einer Pilotphase in unterschiedlicher Form umgesetzt. Wir sprechen uns für die Fortführung der Pilotphase aus, bis mindestens drei Schülergenerationen die Gesamtschule von Klasse 1 bis 13 durchlaufen haben und gesicherte Kenntnisse über die Leistungsfähigkeit dieser Schulform generell und im Vergleich zu den anderen Berliner Schulformen vorliegen.“</p>	<p>„Die Gemeinschaftsschulen sind ein Erfolgsprojekt, das wir weiterentwickeln und qualitativ ausbauen wollen. Wir wollen die Gemeinschaftsschulen aus dem Schulversuch herausführen und ihnen mit einer klaren gesetzlichen Verankerung einen bleibenden Platz in der Berliner Schullandschaft sichern.“</p>	<p>„Ziel der LINKEN ist es, die Gemeinschaftsschulen als die, das Berliner Schulsystem prägende, inklusive Regelschule zu etablieren.“</p> <p>„Die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus hat bereits einen Antrag zur Änderung des Schulgesetzes (Drucksache 17/2998 Neu) eingebracht, mit der die Gemeinschaftsschule als Grund- und weiterführende Regelschule verankert werden soll. Die Gemeinschaftsschule soll aber nicht einfach nur eine „gleichwertige Schule“ zum gegliederten Schulsystem werden. Mit der Gemeinschaftsschule soll schrittweise ein ungegliedertes Schulsystem geschaffen werden.“</p>	<p>„Wir PIRATEN bekennen uns zur Gemeinschaftsschule und wenden uns gegen jede Aufkündigung des sogenannten „Schulfriedens“, die mit der Stärkung des Gymnasiums eine Verschlechterung der Bedingungen für Gemeinschaftsschulen und ISS in Kauf nimmt.“</p> <p>„Ja, wir sind von Beginn an vom Konzept der Gemeinschaftsschule überzeugt und werden uns dafür einsetzen, dass die Gemeinschaftsschule den Status der Regelschule erhält.“</p>

Bildungsgerechtigkeit/Chancengleichheit

1. Das deutsche Bildungssystem steht wegen seiner mangelnden Bildungsgerechtigkeit in der Kritik. Wie wollen Sie in Berlin für mehr Chancengleichheit sorgen?
2. Wie steht Ihre Partei zur Selektion der Schülerinnen und Schüler nach ihren Leistungen mit dem Übergang in die 7. (bzw. 5.) Klasse? Ist es nicht besser, Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen – unabhängig von ihren schulischen Leistungen?

				
<p>„Wir Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür ein, dass alle Menschen dieser Stadt die Chance haben, ihre Stärken zu entdecken und ihr Potenzial auszuschöpfen. Chancengleichheit bedeutet für uns, dass alle Kinder dieselben Bildungschancen haben, unabhängig davon, woher sie kommen oder in welcher sozialen und finanziellen Lage sich ihre Familie befindet.“</p> <p>„Mit der Zweigliedrigkeit im Bereich der Klassen 7 bis 10 (Sekundarstufe I) – bestehend aus Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen als eine Säule und Gymnasien als andere Säule – wurde Segregation in der Berliner Schule vermindert.“</p> <p>„Wir werden den Ganztagsbetrieb inhaltlich und qualitativ weiter verbessern.“</p>	<p>„Zur Chancengerechtigkeit gehört auch die Leistungsgerechtigkeit. Es ist für uns bspw. nicht nachvollziehbar, dass Schulplätze verlost werden, denn das kann bedeuten, dass ein Kind mit schlechten Noten einem Kind mit guten Noten vorgezogen wird. Zur Leistungsgerechtigkeit gehören vergleichbare, einheitliche Standards, die es bspw. am Ende der sechsjährigen Berliner Grundschulen nicht gibt.“</p> <p>In der Berliner Grundschule wird im Vergleich zu anderen Bundesländern schon jetzt zwei Jahre länger gemeinsam gelernt, ohne dass dies nachweisbar positive Auswirkungen im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit oder auf sonstige Fähigkeiten hat. Die Möglichkeit, sich nach der 7. Klasse für eine Schulform mit hohem Lerntempo, Leistungsrückmeldungen in Form von Noten, Lernen im Klassenverband, der Möglichkeit</p>	<p>„Wir werden uns auch in Zukunft für eine Stärkung des längeren gemeinsamen Lernens einsetzen und dies fördern. Das Berliner Schulsystem bietet inzwischen eine Vielzahl von Übergängen und Möglichkeiten, die Schullaufbahn eines jeden Kindes individuell zu gestalten. Wir wollen an dieser Vielfalt von Möglichkeiten festhalten, deshalb halten wir die Schulstrukturreform auch weiterhin für einen Erfolg. Der im Zuge der Reform hergestellte Schulfrieden hat den Weg frei gemacht, den Blick auf Fragen der Qualität zu richten. So zum Beispiel auf die pädagogische Leistungsfähigkeit der Konzepte der Berliner Gemeinschaftsschulen. Diesen Impuls wollen wir nutzen, um noch mehr Schulen davon zu überzeugen, so zu arbeiten.“</p>	<p>„Dem deutschen Schulsystem gelingt es nicht bzw. nur völlig unzureichend, alle Kinder und Jugendlichen individuell so zu fördern, dass Defizite ausgeglichen werden und Unterschiedlichkeit akzeptiert und als Chance begriffen wird. Im Gegenteil, das gegliederte deutsche Schulsystem reproduziert und verstärkt die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Herkunft. Mit der Einrichtung der Pilotphase Gemeinschaftsschule hat DIE LINKE. Berlin als ein grundlegendes Ziel die Entkopplung der Lernergebnisse bzw. des Schulerfolgs der Schüler*innen von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft verfolgt.“</p> <p>„Ausgangspunkt für die Errichtung der Berliner Gemeinschaftsschulen war und ist „Schulen des längeren gemeinsamen Lernens“ zu schaffen. Dazu gehört es,</p>	<p>„Die PIRATEN Berlin unterstützen ein möglichst langes gemeinsames Lernen. Alle Lernenden sollen ihre Schullaufbahn individuell planen und absolvieren können. Das bedeutet insbesondere binnendifferenziert, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Methoden zu lernen. Allen Schulen soll die Möglichkeit gegeben werden, jahrgangshomogene Klassenverbände aufzulösen und zum Beispiel durch ein flexibles Kurssystem zu ersetzen, das zahlreiche Probleme des existierenden Klassensystems löst.“</p> <p>„Wir PIRATEN wollen, dass Schüler*innen länger gemeinsam lernen und dass sie sich gegenseitig unterstützen, um so Sozialkompetenzen zu erwerben, die über die</p>

Elternnetzwerk Berliner Gemeinschaftsschulen (EBG)

Wahlhilfe

	<p>des Sitzenbleibens und mit dem Abschlussziel Abitur (Gymnasium) oder für die Integrierte Sekundarschule mit äußerer oder innerer Differenzierung, dem Niveaustufenmodell und dem dualen Lernen/WAT zu entscheiden, ist in Berlin breit akzeptiert, sodass wir keinen Grund für Änderungen sehen.“</p>		<p>Schüler*innen nicht nach der 6. (oder sogar 4.) Jahrgangsstufe auf weiterführende Schulen des gegliederten Schulsystems nach vermeintlichen Leistungskriterien aufzuteilen und damit zugleich auch noch Leistungs- und Konkurrenzdruck auf das Lernen in der Grundschule auszuüben.“</p>	<p>fachlichen Anforderungen der Schule hinausgehen.“</p>
--	--	--	---	--

Inklusion

1. Wie wollen Sie die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung weiter voranbringen?
2. Gemeinschaftsschulen als inklusive Schulen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention. Das kostet viel Zeit und Kraft. In welchem Umfang werden Sie sich für eine bessere personelle Ausstattung der Gemeinschaftsschulen einsetzen?
3. Wie stehen Sie zu der „Abschulungspraxis“ der Gymnasien? Ist diese Ihres Erachtens mit dem staatlichen Inklusionsauftrag vereinbar?

				
<p>„Die bisherigen Gemeinschaftsschulen wurden laut Abschlussbericht der Pilotphase dem Anspruch einer inklusiven Schule weitgehend gerecht. Die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben beachtliche Lernzuwächse erreicht, während sich im Vergleich von Klassen mit und ohne Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf keinerlei Nachteile des gemeinsamen Lernens feststellen ließen. Teilweise waren die Lernfortschritte in „inkluisiven“ Klassen sogar besonders hoch.“</p> <p>„Sowohl Inklusion als auch die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschulen stehen für die SPD an vorderer Stelle der Bildungspolitik. Wir werden unabhängig vom Schultyp die personellen und baulichen Voraussetzungen an den Schulen für eine inklusive Beschulung ausbauen und weiterentwickeln.“</p> <p>„Die Abschulungspraxis der Gymnasien beobachten wir nicht ohne Sorge. Wir gehen allerdings davon aus,</p>	<p>„Schulische Inklusion ist der richtige Weg für mehr Teilhabechancen von Kindern mit Förderbedarf, sie ist aber kein Selbstzweck. Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf müssen in ihrer Besonderheit ernst genommen werden.“</p> <p>„Inklusion braucht an den Gemeinschaftsschulen, aber auch an allen anderen Schulen, mehr Ressourcen als bisher.“</p> <p>„Das Gymnasium ist eine Schulform für viele, aber keine Schulform für alle.“</p> <p>„Bei Nichtbestehen des Probejahres am Gymnasium erfolgt die Versetzung in die 8. Klasse einer Sekundarschule, andere Formen des „Abschulens“ gibt es nicht.“</p>	<p>„Alle Schulen müssen in die Lage versetzt werden, die Vielfalt ihrer Schülerschaft anzunehmen. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass die Gymnasien künftig in der Lage sind, eine heterogene Schülerschaft zum Erfolg zu führen: damit wir Instrumente wie Probejahr und Sitzenbleiben abschaffen können. Wir sind fest davon überzeugt, dass dies langfristig auch die Gymnasien zu noch besseren Schulen macht.“</p>	<p>„Statt der durch den Senat favorisierten „6 x 6 Schwerpunktschulen“ wollen wir die Voraussetzungen für die Inklusion an allen Schulen schaffen.“</p> <p>„Verschiedenheit ist normal, Anderssein ein Wert. Alle werden akzeptiert und so angenommen, wie sie in der Schule ankommen. Eine solche Schule kann entstehen, wenn es ihr gelingt, die Potenziale der Kinder zu entfalten anstatt deren Defizite festzustellen.“</p> <p>„DIE LINKE. Berlin will das Recht auf das gemeinsame Lernen in allen Schulen und ohne Ausnahme im Schulgesetz festschreiben und hat hierzu bereits Anträge im Abgeordnetenhaus eingebracht. Wir fordern ein schlüssiges Gesamtkonzept für die »Inklusive Schule« mit einer gesicherten, ausreichenden und dauerhaften Finanzierung von qualifiziertem</p>	<p>„Wir wenden uns gegen das Prinzip, dass Inklusionsschulen sich für bestimmte Förderbedarfe entscheiden müssen. Gerade Gemeinschaftsschulen haben gute Erfahrungen gemacht mit dem Zusammenleben von Kindern mit verschiedenen Förderbedarfen. Eine finanzielle Ausstattung, die den Wert inklusiver Arbeit anerkennt und diese erleichtert muss im Landeshaushalt stärker abgebildet werden.“</p> <p>„Wir wollen den Personalschlüssel an Gemeinschaftsschulen verbessern und insbesondere Schulhelferstunden aufstocken.“</p> <p>„Die Inklusion ist inzwischen geltendes Recht. Insofern ist das ein gutes Argument, das das Gymnasium sich von der Praxis der Abschulung verabschieden sollte.“</p>

Elternnetzwerk Berliner Gemeinschaftsschulen (EBG)

Wahlhilfe

<p>dass sich diese nicht in erster Linie auf die Inklusion auswirken wird.“</p>			<p>Personal, einem baulichen Konzept für Barrierefreiheit im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention sowie einem entsprechenden Finanzplan zur Absicherung der benötigten Mittel im Haushalt. Chancen der Digitalisierung für den kulturellen Austausch offensiv zu nutzen.“</p> <p>„Gemeinschaftsschulen sollten eine den inklusiven Schwerpunktschulen vergleichbare Personalausstattung erhalten.“</p> <p>„Wir haben im Abgeordnetenhaus einen Antrag zur Änderung des Schulgesetzes eingebracht, um das Probejahr abzuschaffen und zu erreichen, dass alle Schülerinnen und Schüler durch Fördermaßnahmen und -vereinbarungen auf ihrem Weg zu dem für sie bestmöglichen Schulabschluss besser unterstützt werden.“</p>	
---	--	--	--	--

Oberstufe / Gymnasien

1. Wie stehen Sie zu der Forderung, dass an allen Gemeinschaftsschulen gymnasiale Oberstufen eingerichtet werden sollen und somit dort das Abitur abgelegt werden kann?

				
<p>„Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich weiterhin Schulen aller Schularten bewerben können, Gemeinschaftsschule zu werden.“</p> <p>Gemeinschaftsschulen ohne eigenen Grundschulteil oder ohne eigene gymnasiale Oberstufe haben bereits jetzt verbindliche Kooperationen mit Grundschulen oder Schulen mit gymnasialer Oberstufe.“</p>	<p>„Ausschlaggebend für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe ist, dass eine Schule über mehrere Jahre hinweg eine ausreichende Anzahl von oberstufengeeigneten Schüler und Schülerinnen hervorbringt, sonst ist es nicht möglich, die notwendige Anzahl und Bandbreite an Kursen einzurichten.“</p>	<p>„Mit der Berliner Schulreform gibt es das Versprechen, dass der Besuch einer Oberschule auch zum Abitur führen kann. Wir wollen dieses Versprechen einlösen. Dies bedeutet aber nicht, dass jede Integrierte Sekundarschule oder Gemeinschaftsschule zwangsläufig eine eigene Oberstufe benötigt. Die Frage der eigenen Oberstufe sollte sich am Bedarf orientieren und muss gewisse Kriterien der Umsetzbarkeit erfüllen.“</p> <p>„Gemeinsame Oberstufen oder Schulverbünde können ebenso erfolgreich zum Abitur führen wie eine eigene Oberstufe. Kooperationen mit Oberstufenzentren sind uns weiterhin ein Anliegen.“</p>	<p>„Nach Auffassung der LINKEN müssen die Schulen im Prozess der Suche nach Kooperation oder Fusion von Grundschule und Sekundarschule, beim Aufbau einer Grundstufe an der integrierten Sekundarschule und bei der Einrichtung einer Oberstufe aktiv unterstützt werden, um die Gemeinschaftsschule als Schule von der Einschulung bis zum Abitur fest in der Berliner Bildungslandschaft zu etablieren.“</p> <p>„Es geht um mehr als nur um die Etablierung einer „klassischen Abiturstufe“ an Gemeinschaftsschulen. In der Ausgestaltung und beim Neuaufbau der Sekundarstufe II stellt sich zunehmend die Frage, wie Pädagogik und Lernkultur, die in der Grund- und Sekundarstufe I entwickelt wurden, in der Sekundarstufe II fortgesetzt werden können.“</p>	<p>„Die PIRATEN fordern explizit in ihrem Programm die Möglichkeit, dass die Gemeinschaftsschulen eigene gymnasiale Oberstufen einrichten. Hier sind wir dafür, ein Angebot zu schaffen, unabhängig von einer Übergangsquote der eigenen Schüler*innen. Diese Angebotspolitik wird die Attraktivität der Schule auf Dauer stärken und ein Angebot für Seiteneinsteiger*innen nützt der Berliner Schullandschaft insgesamt.“</p>

*Die vollständigen Antworten der Parteien können Sie unter <http://www.eb-gemeinschaftsschule.de/wahlpruefsteine-berliner-parteien/> lesen.